zentralausschusses von Charkow mit Begeisterung begrüßt. In Poltawa herrscht allgemeine Freude.

„Svenska Dagbladet" meldet: „Die Ukrainer in Petersburg erhielten die Nachricht, daß Jekaterinoslaw nach erbitterten Kämpfen definitiv in die Gewalt der Bolschewisten übergegangen sei. Im Kampfe fiel u. a. Sobliniew, ein Mitglied der ukrainischen Konstituante. — Bei den Kämpfen zwischen ukrainischen und maximalistischen Truppen sind die Verluste sehr groß. Entgegen dem ausdrücklichen Verbot Krylenkos beginnen sich an der Front zwischen der Weichsel und dem Gorin starke maximalistische Abteilungen aus den Frontstellungen zu lösen. Sie haben bei den ukrainischen Militärbehörden um die Gewährung freien Abzugs nachgesucht. Durch die eigenmächtige Aufgabe dieser Frontstellen durch die maximalistischen Truppen wird die Stellung der Maximalisten in Wolhynien immer schwächer. Die Ukrainer zeigen gegenüber dem Wunsche nach freiem Abzug der Maximalisten Entgegenkommen, verlangen aber, daß die Artillerie den ukrainischen Truppen übergeben wird.

Zur Ermordung russischer Minister.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Dringende Befehle sind ergangen an alle Kommissariate, Präsidenten der Sowjetausschüsse für den Kampf gegen die Pogrome, an das Hauptquartier der roten Garde, an den Ausschuß zur Bekämpfung der Gegenrevolution, an den Kommissar für Kriminalangelegenheiten und an die Kommissare der Bahnhöfe von Petersburg, sofort alle Kräfte in Bewegung zu setzen, zur Ermittelung der Matrosen und roten Gardisten, die heute nacht um 1 Uhr in das Marinehospital eingedrungen sind und Tschingarew und Kokoschkin ermordet haben. Die Schuldigen sind zu verhaften und nach dem Smolni-Institut, Zimmer 75, zu bringen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat nahm in seiner Sitzung vom 20. folgende Entschließung an: Der Arbeiter- und Soldatenrat hat erfahren, daß Tschingarew und Kokoschkin im Hospital getötet worden sind. Er verurteilt ein solches Verbrechen. Die Arbeiterklassen werden niemals billigen, daß unsere Gefangenen angetastet werden, möge ihr politisches Vergehen an dem Volk und der Revolution noch so gerecht sein. Der Arbeiter- und Soldatenrat fordert die Arbeiter und Soldaten auf, in ihrer Gesamtheit ein solches Verbrechen zu tadeln und ordnet alles an, damit die revolutionäre Ordnung aufrechterhalten werde. Der Arbeiter- und Soldatenrat billigt die von dem Volksbeauftragten getroffenen energischen Maßnahmen.

Die beiden Ermordeten sind am 11. Dezember zusammen mit der Gräfin Panin verhaftet und in die Peter-Paul-Festung eingeliefert worden. Hier erkrankten sie und erst nach vielen Mühen gelang es ihren Freunden, die Ueberführung in das Marienhospital durchzusetzen. Der Mord ist der schwerste Schlag, der die Kadettenpartei bisher betroffen hat, da sie dadurch zwei ihrer tüchtigsten Führer verliert.

Weiter wird aus Petersburg gemeldet: Die Volkskommissare sind benachrichtigt worden, daß die Polizei die Spur der Mörder von Tschingarew und Kokoschkin gefunden hat.

Die Konstituante.

Ein in Petersburg tagender Kongreß der Eisenbahner nahm eine Entschließung an, die die Konstituante begrüßt und ihr Unterstützung verspricht und von dem Rate der Volkskommissare fordert, daß die Konstituante ruhig bis zur Einsetzung der neuen Regierung arbeite. Kerenski, der sich in Petersburg befinden soll, teilte dem Zentralkomitee der Sozialrevolutionäre mit, er wünsche an den Sitzungen der Konstituante teilzunehmen. Diese rieten jedoch ab. Auch in Moskau fanden Demonstrationen für die Konstituante statt, die von der Roten Garde mit Gewehrfeuer auseinandergetrieben wurden. Zwölf Demonstranten wurden getötet. In Petersburg beträgt die Zahl der Getöteten 15, die Zahl der Verletzten 94.

Das Amsterdamer Blatt „Nieuwe Courant" schreibt, die Bolschewiki hätten die Sache der echten Demokratie nicht mehr schädigen können als durch Auflösung der Konstituante. Wenn sie im eigenen Gebiete der Meinungsäußerung der Bevölkerung so wenig Wert beilegen, könne niemand ihre Vorschläge, in den besetzten Gebieten eine Volksabstimmung abzuhalten, ernst nehmen. „Nieuwe Rotterdamsche Courant" schreibt: So wird in Rußland das Selbstbestimmungsrecht aufgefaßt, damit die Bolschewiki mit der Minderheit gewaltsam über die Mehrheit des Volkes herrschen können. „Maasbode" schreibt: Mit ihrer Gewalttätigkeit spielen die Maximalisten einen hohen und gefährlichen Trumpf aus. „Nieuwes van den Dag" schreibt: Die kurze Lebensdauer der verfassunggebenden Versammlung ist beendet. Man fragt sich, was der Rat der Volkskommissare jetzt tun wird. Lenin und Trotzki werden wohl selbst einsehen, daß sie sich auf die Dauer nicht halten können, und werden also wahrscheinlich einen neuen Ausweg suchen.

Rußland und Rumänien.

Wie die „Daily Mail" erfährt, rief die russische Regierung ihren Gesandten in Rumänien zurück und befahl ihm, Jassy sofort zu verlassen, weil Rumänien das Petersburger Ultimatum nicht befriedigend beantwortet habe. Nach anderen Meldungen ist es bereits beantwortet.

Englands Beziehungen zu Rußland.

In Beantwortung einer Anzahl von Anfragen im englischen Unterhause über die britischen diplomatischen Beziehungen zur Petersburger Regierung sagte Minister Balfour: Wir haben diese Regierung nicht als bestehende Regierung des russischen Volkes anerkannt. Aber wir lassen die notwendigen Geschäfte auf unoffizielle Weise durch einen Agenten führen, der nach den Weisungen unserer Botschaft in Petersburg handelt. Die Regierung der Bolschewiki hat Litwinow zu ihrem Vertreter in London ernannt und wir sind im Begriff, in ähnliche unoffizielle Beziehungen zu ihm zu treten. Naboko, der unter der letzten russischen republikanischen Regierung Geschäftsträger war, wird wahrscheinlich in London bleiben, bis er entweder bestätigt oder seines Postens von einer als Vertreter des russischen Volkes anerkannten Regierung enthoben wird. Der gegenwärtige Zustand ist augenblicklich sowohl unregelmäßig als vorübergehend, und unter diesen Umständen kann nicht in die üblichen diplomatischen Arbeiten eingetreten werden. Das ist nach unserer Auffassung das beste, was sich tun läßt, um den unmittelbaren Notwendigkeiten des Lebens zu begegnen."

Unsere U-Boots-Erfolge.

Völliges Versagen des Geleitzugsystems.

Kaum ein Tag vergeht, ohne daß Versenkungen aus Geleitzügen, auch aus stark gesicherten, gemeldet werden. Man nimmt sogar wahr, daß aus ein und demselben Zuge mehrere Dampfer herausgeschossen werden, während früher meist nur ein Schiff des Zuges dem Angriff zum Opfer fiel. Diese Steigerung unserer Erfolge zeigt, daß auch das Geleitsystem nicht das von unseren Feinden ersehnte, unbedingt zuverlässige U-Bootabwehrmittel bietet. Auch wenn wir kein einziges Schiff verloren haben, so schreibt das englische „Journal of Commerce", bedeuten Geleitzüge eine Vergeudung von Frachtraum, denn ehe sich ein zuweilen bis auf 20 und mehr Schiffe belaufendes Handelsgeschwader am gemeinsamen Treffpunkt versammelt und seine Reise zurücklegt, verstreicht viel ungenützte Zeit. Der französische Verpflegungsminister Boret erklärte im Senat am 18. Dezember, daß die Notwendigkeit, in Geleitzügen zu fahren, die auf eine Reise zu verwendende Zeit verdoppelt.

Englischer Neid auf die U-Boot-Leistungen.

Im englischen Unterhause fragte ein Mitglied, wieso die feindlichen Unterseeboote in der Nähe des Mersey arbeiten könnten, während die britischen Unterseeboote nicht imstande seien, in der Nähe der feindlichen Häfen in der Nordsee vorzugehen. Der Sekretär der Admiralität, Mac Namara, antwortete, die Admiralität sei nicht gesonnen, zuzugeben, daß die englischen Unterseeboote nicht imstande seien, in der Nähe der feindlichen Nordseehäfen zu arbeiten. Es müsse jedoch klar sein, daß die in der Nähe der feindlichen Häfen vorliegenden Bedingungen gänzlich verschieden seien von denjenigen in der Nähe der britischen. Das Fehlen eines Handelsverkehrs bei den deutschen Häfen in der Nordsee mache den Gebrauch ausgedehnter Minensperren möglich, auf der anderen Seite mache der Umfang des Handelsverkehrs bei den britischen Häfen es notwendig, daß ihre Zufahrt von Minen freigehalten werde.

Flämische Hoffnungen und Wünsche.

Der Rat von Flandern.

Im Verlaufe seiner belgischen Informationsreise empfing der deutsche Staatssekretär des Innern Wallraf am 15. Januar in Brüssel eine Abordnung des „Rates von Flandern". Der Sprecher des Rates hieß Herrn Wallraf mit folgender Ansprache willkommen:

„In einem für uns bedeutenden Augenblick betreten Eure Exzellenz unser Land. Gestützt auf den bekundeten Willen Sr. Majestät des Deutschen Kaisers, daß Flanderns freie Entwicklung sichergestellt werden müsse, gestützt auf die überzeugende Wirksamkeit der Verwaltungstrennung, gestützt auf den unbeugsamen Willen des flämischen Volkes, sein nationales Leben nicht wieder unter das welsche Joch zu beugen, hofft der Rat auf die Stunde, die dem flämischen Volke den Ausbau seiner Selbständigkeit und dem Rate selbst die Erstarkung seiner eigenen Stellung bringen soll. So harren wir in festem Vertrauen, daß bald Entscheidungen ergehen werden, welche uns Gewißheit über unser Schicksal geben, und welche Freund und Feind keinen Zweifel darüber lassen, daß Deutschland Flanderns Selbstbestimmung achten und schützen wird."

Staatssekretär Wallraf erwiderte u. a.: Es erfüllt uns mit hoher Freude, daß gerade der Sieg der deutschen Waffen dem Flämenvolk die Bahn der Freiheit bricht. Sie, meine Herren, haben als Erste Ihres Volkes dem Flandrischen Löwen die Ketten abgestreift. Sie haben aus dem Munde des deutschen Kanzlers die sympathische Begrüßung Ihrer selbstgewählten Autonomie vernommen. Was nach dem Willen unseres kaiserlichen Herrn der unvergessene Freiherr v. Bissing begonnen, das führt der neue Generalgouverneur Freiherr v. Falkenhausen zielklar und kraftvoll fort."

Zensurfragen im Hauptausschuß.

Verbot des „Berliner Tageblattes." — Keine Aufhebung des Belagerungszustandes.

Der Hauptausschuß des Reichstages nahm gestern einen Antrag des Abgeordneten Fischbeck (Vp.) auf Aufhebung des wegen eines Artikels über die Vorgänge in Oesterreich inzwischen erfolgten dreitägigen Verbotes des „Berl. Tageblattes" an. Der Antragsteller führte aus, die Zensurbehörde habe zu Unrecht angenommen, daß in dem Artikel, um dessentwillen das Verbot erfolgte, eine Drohung enthalten sei. Er habe nur die Stimmung in Oesterreich wiedergegeben. Major Grau von der Preßabteilung des Kriegsministeriums verlas die Begründung des Verbotes, wonach der Inhalt des Artikels den Grundgedanken der Zensuranweisung verletzt hat. Der Oberbefehlshaber habe weiteren Bericht eingefordert, und es finden Verhandlungen mit der Redaktion statt. — Dann wurde die Debatte über Zensurfragen fortgesetzt. Abg. Gothein (Vp.) hat beantragt, das Gesetz über den Kriegszustand vom 4. Dezember 1916 dahin abzuändern, daß bis zum Erlaß des in der Reichsverfassung versprochenen Kriegszustandgesetzes gegenüber den Anordnungen der Militärbefehlshaber in bezug auf die Handhabung der Zensur und des Vereins- und Versammlungsrechtes der Reichskanzler Aufsichts- und Beschwerdestelle sein soll. — Weiter beriet der Hauptausschuß den Antrag des Unterausschusses auf Abänderung des Gesetzes über den Kriegszustand vom 4. Dezember 1916. Staatssekretär Wallraf äußerte Bedenken gegen diesen Antrag. Der Grundgedanke des Belagerungszustandgesetzes sei, daß die Befugnisse der Zivilbehörden an die Militärbehörden übergehen. Jetzt soll der Reichskanzler eingeschoben werden. Seine oder des Vizekanzlers Arbeitslast werde dadurch ungeheuer vermehrt. Wie stehe es denn mit der Verantwortlichkeit? Was soll der Reichskanzler tun, soll er die von den Militärbehörden aufgestellten Richtlinien kritisieren, abändern oder was sonst? Der Staatssekretär hält diesen Weg für ungangbar. Schließlich wurde ein Antrag der unabhängigen Sozialdemokraten auf Aufhebung des Belagerungszustandes abgelehnt. Von dem Antrag des Unterausschusses wurde der Gesetzentwurf, wonach eine militärische Zentralinstanz als Aufsichtsstelle und ein Senat des Reichsmilitärgerichts als Beschwerdestelle errichtet werden soll, abgelehnt. Der zweite Teil des Antrags, der Richtlinien für die Handhabung der Zensur enthält, wird zurückgezogen. Angenommen wurde der vom Unterausschuß vorgelegte Gesetzentwurf auf Errichtung einer militärischen Zentralinstanz als Aufsichtsstelle für Anordnungen der Militärbefehlshaber, soweit sie sich nicht auf die Zensur und das Vereins- und Versammlungsrecht beziehen, und auf Einsetzung des Reichskanzlers als Aufsichts- und Beschwerdestelle für die Handhabung der Zensur und des Vereins- und Versammlungsrechts. — Angenommen wurde ein Antrag Cohn auf baldige Vorlegung einer Novelle zum Schutzhaftgesetz, die bereits in Ausarbeitung begriffen ist.

Das amerikanische Heer.

Mangelhafte Ausrüstung.

Washingtoner Meldungen zufolge hat die nunmehr abgeschlossene Untersuchung der Gründe in der Verzögerung in der Ausrüstung des amerikanischen Heeres seitens des besonderen Senatsausschusses eine Reihe schwerer grober Nachlässigkeiten ergeben, daß der Rücktritt des Chefs des Kriegsmaterialien-Departements General Crozier unmittelbar bevorsteht und die Stellung des Kriegssekretärs Baker erschüttert erscheint. Es wurde u. a. festgestellt, daß die Armee bei der Kriegserklärung keine Maschinengewehre besaß, obwohl Mitte des vorigen Jahres dafür 12 Millionen Dollars bewilligt worden waren. Da diese nicht vor April fertiggestellt werden können, werden die in Frankreich befindlichen amerikanischen Truppen französische Maschinengewehre benutzen und solche auch für Ausbildungszwecke in Amerika von Frankreich bezogen werden müssen. Crozier schob die Schuld dafür Baker zu, der monatelang habe experimentieren lassen und schließlich die Einführung eines Browning-Maschinengewehrs versuchte, ohne praktische Vergleiche mit anderen Typen, die sich im Felde bewährt haben, angestellt zu haben. Die Untersuchung ergab ferner, daß die amerikanischen Truppen bislang mit Holzgewehren von veralteten Modellen exerzierten, da erst ganz kürzlich neue Gewehre geliefert werden konnten.

Mit der „amerikanischen Hilfe" für Amerikas Verbündete wird es sonach noch gute Weile haben.

Kleine politische Meldungen.

Hindenburg und Ludendorff wieder in Berlin. Aus Berlin wird amtlich gemeldet: Zum militärischen Vortrag bei Seiner Majestät dem Kaiser sind Generalfeldmarschall von Hindenburg und der Erste Generalquartiermeister General Ludendorff Mittwoch früh in Berlin eingetroffen.

Der Sächsische Landtag beriet gestern über den Kultusetat. Das Gehalt des Kultusministers wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt.

Die Stichwahl in Bautzen-Kamenz. Erzberger hat einen Brief etwa folgenden Inhalts an die Zentrumswähler geschrieben: „Sehr geehrter Herr! Auf Ihre Anfrage teile ich Ihnen die Stellung der Zentrumsfraktion zur Stichwahl mit. Die Stellungnahme der Zentrumswähler in der Stichwahl ist eine klare und gegebene. Die Deutsche Vaterlandspartei ist von der Zentrumsfraktion als ihr Gegner bezeichnet worden. Einem Kandidaten der Deutschen Vaterlandspartei darf daher keine Stimme gegeben werden. Mathias Erzberger."

Verhaftung eines deutschen Bankdirektors in Neuyork. Der Direktor der Deutschen Bank in Neuyork, Hugo Schmidt, der die deutschen Millionen an den in Paris verhafteten Bolo-Pascha gezahlt haben soll, ist, wie die französische Presse meldet, verhaftet und mit einer Reihe angeblicher Spione, namentlich Deutscher in das Gefängnis des Forts von Ogletharpe übergeführt worden.

Rücktritt des ungarischen Volksernährungsministers. Der Volksernährungsminister Graf Hadik hat seine Entlassung gegeben, die der König angenommen hat.

Umgruppierungen im Westen. Wie die „Expreß-Korrespondenz" u. a. erfährt, finden gegenwärtig hinter der englisch-französischen Front die umfangreichsten Umgruppierungen seit Beginn des Krieges statt. Mit den Truppenverschiebungen geht der Ausbau der Befestigungsanlagen Hand in Hand. Alle verfügbaren Kräfte werden zu Armierungsarbeiten verwandt. Sämtliche amerikanischen Truppen in Frankreich haben den Befehl erhalten, sofort an die Front abzurücken und Stellungen zu beziehen.

Neuer Verbands-Kriegsrat in Versailles. „Echo de Paris hört, daß das Kommitee der Ministerpräsidenten und der Kriegsminister der alliierten Länder sich wahrscheinlich in der nächsten Woche unter dem Vorsitz von Clémenceau versammeln wird. Im Versailler Kriegskommitee werden auch die Vereinigten Staaten und Griechenland vertreten sein.

Großes Reinemachen im englischen Oberbefehl. Aus London wird gemeldet: Marschall Haig hat den Divisionsgeneral Lawrenne zum Chef des Generalstabes ernannt. „Temps" schreibt, diese Ernennung sei nur das Vorspiel zu einer ganzen Reihe von Aenderungen im britischen Oberbefehl.

Die Kriegsmüdigkeit in Italien. Die italienischen Zeitungen melden täglich Verhaftungen von Personen aller Gesellschaftsklassen und Frauen wegen Aeußerungen, die geeignet sind, den Kriegswillen der Nation zu schwächen.

Die Brotkarte in Paris. Der Verpflegungsminister Boret empfing die Bürgermeister von Paris und Umgebung zum Zweck der Reglementierung des Brotverbrauchs. Jede Person, Frauen und Kinder einbegriffen, wird das Recht haben, in Paris und dessen Umgebung vom 29. Januar ab eine Ration von 300 Gramm bei jedem Bäcker zu entnehmen gegen Abgabe von Brotkartenabschnitten. Die Organisation wird nach und nach auf die großen Städte ausgedehnt werden.

Fleischlose Tage in England. Die neue, vom englischen Lebensmittelkontrolleur veröffentlichte Bestimmung beschränkt den Verbrauch von Fleisch, Brot, Zucker und Fetten und schreibt auch zwei fleischlose Tage wöchentlich in Hotels und Speisehäusern vor, nämlich Dienstag und Freitag in London, Mittwoch und Freitag in den Provinzen.

Die ersten Verhöre in der Caillaux-Affäre. Untersuchungsrichter Hauptmann Bouchardon nahm die Aussagen eines französischen Obersten in dem gegen Caillaux eröffneten Untersuchungsverfahren entgegen.